

Die Gewerkschaft.

Organ für die
Interessen der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.
Publikations-Organ
des Verbandes der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten.

Erscheint am 7. u. 22. jeden Monats.
Bezugspreis 80 Pfg. pro Vierteljahr.
Einzelnummer 15 Pfg.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger:
Franz Vossch,
Berlin W. 30, Gleditschstraße 49.

Inserate, die 2 gespaltene Petit-
Zeile 30 Pfg.
Versammlungs- u. Vereinsanzeigen 15 Pfg.
Bei Wiederholung Ermäßigung.

Nr. 17.

Berlin, 7. September 1899.

3. Jahrg.

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1898.

II.

In dem ersten Artikel theilten wir bereits mit, daß den zentralen Verbänden 493 724 Arbeiter angehörten, dagegen die lokalen Vereinigungen nur 17 500 Mitglieder aufzuweisen hatten. Neben diesen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, giebt es noch eine Reihe von Verbänden, die mit uns nichts gemein haben. Die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine z. B. hatten 1898 82 755 Mitglieder. Die Hirsch-Dunder'schen Organisationen segeln bekanntlich im Fahrwasser der freisinnigen Partei und ihre Hauptaufgabe erblicken sie in dem Unterstützungswesen. Die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist bei denselben Nebensache. Ihnen gehören vielfach Vorarbeiter, Meister und andere aufstiegsfähige Personen an. — In den Organisationen katholischer und evangelischer Tendenz sind ungefähr 250 000 Arbeiter vereinigt. Auch diese Verbände haben für die arbeitende Bevölkerung so gut wie gar keine Arbeit. Wenn die Arbeiter ihre Lage verbessern wollen, dann dürfen sie sich nicht nach dem Glaubensbekenntnis gespalten, sondern dann haben sie gemeinsam vorzugehen.

Betrachten wir nun in einzelnen Punkten noch einmal die Verbände näher, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und denen auch wir angehören. — Der Verband der Buchdrucker nahm 1898 pro Kopf seiner Mitglieder berechnet 56,21 Mk. ein und gab 30,09 Mk. aus. Unter den Ausgaben befinden sich bei dieser Organisation, immer pro Kopf der Mitglieder berechnet, folgende Posten: 18 Pfg. für Agitation, 1,70 Mk. für Streik- und Genahregelten-Unterstützung im eigenen Gewerbe, 51 Pfg. für Streikunterstützung anderer Berufe, 3 Pfg. für Rechtschutz, 4,79 Mk. für Reiseunterstützung, 5,89 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 15,49 Mk. für Unterstützung der Kranken, 2,83 Mk. für Invalidenunterstützung, 1,14 Mk. für Umzugs- und Sterbeunterstützung, 5 Pfg. sonstige Ausgaben, 12 Pfg. für Konferenzen und Generalversammlungen, 41 Pfg. für Gehälter und 78 Pfg. für Verwaltungsmaterial. 33 88 Mk. drachten die Gutmacher pro Kopf ihrer Mitglieder auf, 26,— Mk. die Bildhauer, 21,12 Mk. die Zigarrenfabrikanten und 20,79 Mk. die Gastwirthschaftsbesitzer. Unser Verband hatte dagegen pro Kopf der Mitglieder eine Einnahme von 4,80 Mk. Er gab aus für das Verbandsorgan 82 Pfg., 9 Pfg. für Agitation, Streiks 4 Pfg., Rechtschutz 1 Pfg., Krankenunterstützung 91 Pfg., besondere Unterstützungen 5 Pfg., sonstige Ausgaben 9 Pfg., Gehälter 45 Pfg. und Verwaltungsmaterial 19 Pfg. — 5 Verbände hatten noch niedrigere Einnahmen und Ausgaben als unsere Organisation.

Die Gesamt-Einnahme aller Verbände hat sich 1898 gegen die früheren Jahre wieder etwas verbessert. Die folgenden Angaben sollen das beweisen.

Es vereinnahmten:	
1891 49	Organisationen Mk. 1 116 588
1892 46	" " 2 031 922
1893 44	" " 2 246 366
1894 41	" " 2 685 564
1895 47	" " 3 086 803

1896 49	Organisationen Mk. 3 616 444
1897 51	" " 4 083 696
1898 57	" " 5 508 667

Auch die Ausgaben sind dementsprechend gestiegen.

Es verausgabten:	
1891 47	Organisationen Mk. 1 606 534
1892 50	" " 1 786 271
1893 44	" " 2 036 025
1894 44	" " 2 135 606
1895 48	" " 2 488 015
1896 50	" " 3 323 713
1897 52	" " 3 542 807
1898 57	" " 4 279 726

In den letzten acht Jahren vereinnahmten die Gewerkschaften insgesammt 24 326 050 Mk. und verausgabten 21 198 697 Mk. Diese Zahlen würden sich, wenn in jedem Jahre für alle Organisationen Mittheilungen gemacht wären, noch um einige Hunderttausend Mark erhöhen.

Auch an räumlicher Ausdehnung sind die Organisationen gewachsen. Die Generalkommission bemerkt hierzu folgendes:

Die Zahl der Zweigvereine vermehrte sich gegenüber 1897 von 6151 auf 6756, also um 605. Von 1892 bis 1898 stieg die Zahl der Zweigvereine von 3959 auf 6756, also um 2797. Diese Vermehrung der Zweigvereine ist in den letzten Jahren nicht völlig gleichbedeutend mit dem Eindringen der Gewerkschaften in Distrikte, in welchen die gewerkschaftliche Bewegung noch nicht vorhanden war. Es kommen vielmehr wesentlich solche Orte in Betracht, in welchen die Arbeiter irgend eines Berufes schon der Gewerkschaft angehörten und andere Verbände neue Zweigvereine gründeten. Die von den Verbandsvorständen herausgegebenen Adressenverzeichnisse ermöglchen eine ungefähre Feststellung darüber, in wie viel Orten Deutschlands Gewerkschaftsorganisationen bestehen. Hierbei müssen jedoch die Buchdrucker mit 960 Orten, in welchen organisierte Berufsgenossen vorhanden sind, auscheiden. In der Buchdruck-Organisation bezieht die Gemeintheilung und werden infolgedessen keine Adressenverzeichnisse, die sich auf alle Orte erstrecken, in welchen Verbandsmitglieder vorhanden sind, veröffentlicht. Aus den Adressenverzeichnissen der übrigen Verbände haben wir festgestellt, daß die gewerkschaftliche Organisation sich im Jahre 1898 auf 905 Orte erstreckte. Im deutschen Reich waren im Jahre 1895 3131 Orte mit mindestens 2000 Einwohnern vorhanden. Berücksichtigt man, daß viele Distrikte des Reiches eine nennenswerthe Industrie und infolgedessen einen Arbeiterstand, der für die Gewerkschaften in Betracht käme, nicht haben, so kann die Ausdehnung der Gewerkschaften auf mehr als 900 Orte als ein Zeichen dafür angesehen werden, daß alle Distrikte, in welchen für die Gewerkschaftsbewegung Boden vorhanden ist, von ihr erfaßt sind.

Wenn wir nun noch die Frage aufwerfen, für welche Zwecke die Gesamt-Ausgaben gemacht wurden, so belehren uns folgende Angaben darüber:

Verbandsorgan	55	Organisat. Mk.	518 949
Agitation	54	"	136 329
Streiks im Beruf	45	"	1 034 114
Streiks in anderen Berufen	33	"	89 176
Rechtschutz	39	"	43 378
Genahregeltenunterstützung	30	"	39 978
Reiseunterstützung	36	"	283 267

gen.
10.500 Abbildungen.
age:
Talb-
geb.
0 Mk.
KON

Arbeitslosenunterstützung . . .	17	Organisat. Mf.	275 404
Krankenunterstützung . . .	12	"	491 634
Invalidenunterstützung . . .	8	"	79 587
Sonstige Unterstützung . . .	34	"	78 419
Stellenvermittlung . . .	9	"	3 826
Sonstige Zwecke . . .	44	"	107 759
Konferenzen und Generalver- sammlungen . . .	83	"	68 698
Beitrag an die Generalkom- mission . . .	50	"	41 665
Prozesskosten . . .	17	"	25 823
Gehälter . . .	53	"	140 423
Verwaltungsmaterial . . .	55	"	165 926

Die Ausgabe für Streikunterstützung steht in den letzten Jahren, soweit ein einzelner Posten in Betracht kommt, an erster Stelle. Sie betrug für 1898 1 073 290 Mf.; 1897 881 758 Mf.; 1896 944 345 Mf. Die Gegner der Gewerkschaften werden nicht verfehlen, hierauf hinzuweisen und von den sozialdemokratischen Streikvereinen zu reden. Aber auch im Jahre 1898 ist die Ausgabe für direkt an die Mitglieder gezahlte Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, in Krankheits- und Nothfällen wesentlich höher als die Ausgabe für Streiks. Summirt man die Ausgabe für die verschiedenen Unterstützungen, so ergibt sich eine Gesamtausgabe von 1 291 667 Mf. Da die Lieferung des Verbandsorgans gleichfalls eine im direkten Interesse des einzelnen Mitgliedes erfolgte Ausgabe bedingt, so ist dieser Ausgabebetrag von 518 949 Mf. hinzuzuzählen. Es haben also die Gewerkschaften im Jahre 1898 im direkten materiellen und geistigen Interesse der Mitglieder 1 810 616 Mf. oder 737 326 Mf. mehr als für Streiks verausgabt.

In den letzten 8 Jahren zahlten die Verbände im geistigen und materiellen Interesse ihrer Mitglieder 6 064 817 Mf. mehr als sie für Streikzwecke verausgaben.

Angesichts solcher Thatfachen weiß man nicht recht, welche parlamentarisch zulässige Bezeichnung man für das Treiben der Leute anwenden soll, die eine Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrer Wirksamkeit erstreben. Mit den Gewerkschaften würde ein mächtiger Kulturfaktor verschwinden, und nur blöde Reaktionsmuth kann die Triebfeder zu dem gegen die Gewerkschaften geführten Vernichtungskriege Veranlassung geben.

Gewiß, die von den Gewerkschaften für Streiks gemachten Aufwendungen sind ganz beträchtliche. Wir sind aber weit davon entfernt, das als einen Fehler zu betrachten. Im Gegentheil, uns ist es ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften ernstlich bemüht sind, ihre Hauptaufgabe zu erfüllen, die im Interesse der Kultur so überaus wichtige Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Es ist uns aber auch ein Beweis dafür, mit welcher Hartnäckigkeit das Unternehmertum dieser kulturfördernden Thätigkeit der Gewerkschaften widerstrebt. Um eine geringfügige Lohnerhöhung oder Verringerung der Arbeitszeit zu erlangen, müssen die Organisationen erst zu dem Mittel der Gewalt greifen und enorme Opfer dafür bringen.

Dann wollen wir noch auf die Ausgaben zu sprechen kommen, welche für die Verwaltung der Verbände verausgabt wurden.

Die Ausgaben für die Verwaltung der Gewerkschaften sind verhältnismäßig gering. An persönlichen Verwaltungskosten wurden 140 423 Mf., pro Kopf der Mitglieder 28,4 Pf. oder 2,55 pCt. der 5 508 667 Mf. betragenden Einnahme verausgabt. Die sachlichen Verwaltungskosten betragen 165 926 Mf., pro Kopf der Mitglieder 33,6 Pf. oder 3,01 pCt. der Einnahme. Die gesammten Verwaltungskosten von 306 349 Mf. machten demnach nur 5,56 pCt. der Einnahme aus. Es wird denen, die fortgesetzt glauben machen wollen, daß der größte Theil der Mitgliederbeiträge in die Taschen der Agitatoren fließe, schwer fallen, eine andere Institution in der heutigen Gesellschaft nachzuweisen, für deren Verwaltung so geringe Mittel aufgewandt werden, als bei den Gewerkschaften. Wie schon aus dem Gewerkschaftskongreß konstatirt worden ist, steht die Bezahlung der Gewerkschaftsbeamten fast ausnahmslos in keinem Verhältnis zu den Anforderungen, die an die Beamten gestellt werden. Auch hier findet sich ein Opfermuth, ein Hintansetzen der eigenen Interessen hinter die der Gesamtheit, wie sie in den Kreisen, welche von dem Schluden der Arbeitergroßen seitens der gewerkschaftlichen Agitatoren sprechen, unbekannt sind. Es mag verständlich sein, daß diese Kreise in der Einbildung leben, es könne nicht anders sein, als daß die besoldeten Vertreter der Arbeiter auf Kosten ihrer Arbeitsbrüder ein müheloses, gnußreiches Dasein führen; denn sie selbst sind ja gewöhnt, auf

Kosten der arbeitenden Menschheit zu genießen. Deswegen setzen sie voraus, daß die ihnen eigene Methode auch von allen anderen Menschen geübt wird.

Wir wollen es nicht unterlassen, hier noch eine Aeußerung wiederzugeben, welche wir in der „Sozialen Praxis“, dem Organ des früheren Ministers von Berlepsch, betreffs der Verwaltungsausgaben finden. Die „Soziale Praxis“ schreibt:

„Die letzten Posten haben in einigen, einseitigen Unternehmerinteressen dienenden Blättern eine ebenso scharfe wie unbillige Kritik erfahren; es war da wieder einmal die Rede von den „Agitatoren“, die sich von den Arbeitergroßen mästen. Wie schlecht die Gewerkschaftsbeamten und Redakteure, ohne die sich doch Organisationen von Hunderttausenden nicht schaffen und erhalten lassen, im Allgemeinen besoldet werden, dafür haben die Verhandlungen des letzten Gewerkschaftskongresses Beweise erbracht, — jedenfalls können ihre Gehälter einer keinen Vergleich aushalten mit denen der Gewerkschaftssekretäre der Unternehmerverbände, die auf ihrem Gebiete, wie der Abgeordnete Freiberger von Hül in Reichstag sehr richtig hervorhob, die gleichen Aufgaben zu erfüllen haben wie die Gewerkschaftsbeamten für die Arbeiter.“ (Fortsetzung folgt.)

Verbandstheil.

Verbandsvorsitzender: **H. Fiebig, Berlin S., Urbanstraße 31.** Geschäftsführender Sekretär des Verbandes: **Dr. Voersky, Berlin W. 31, Siebelsstr. 49.** Sprechstunden von 8^{1/2} bis 1 Uhr. Verbandskassirer: **V. Vosskart, Berlin N. 58, Cressowstr. 18.** Alle Korrespondenzen, Anfragen u. sind nur an den Verbandssekretär, alle Geldsendungen sind nur an den Verbandskassirer zu richten. Vorsitzender des Verbands-Ausschusses: **Sinnenburg, Berlin S., Diefenbachstr. 27.**

Schaunmachung.

Dieser Zeitungsabteilung sitzen für die Filialen-Vorstände die Nr. 32, 33 und 34 des „Korrespondenzblattes“ bei.

Bei der Hauptkasse liegen folgende Gelder ein: Plattenberg 3,20, Halle 30,—, Stuttgart I. 18,45, Berlin VII. 19,—, Karlsruher 34,—, Mannheim I. 13,40, Dresden 75,— Mf.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Arbeiter der III. städtischen Gasanstalt beschlossen in einer am 28. August stattgefundenen Versammlung, folgenden Antrag durch den Arbeiter-Ausschuß der Zeitung ihres Werkes zu unterbreiten:

„In Erwägung, daß die Kohlenfarrer bei dem gegenwärtigen Akkordsystem stets darüber in Ungewißheit sind, was sie verdienen werden, in weiterer Erwägung, daß die Kohlenfarrer der IV. städtischen Anstalt im Tagelohn arbeiten, bitten wir die Akkordarbeit zu beseitigen und einen Tagelohn von 5 Mf., wie auf der IV. Anstalt einführen zu wollen.“

In der IV. Anstalt ist den Arbeitern die Forderung, daß das Brennmaterial für sie schon in den Vormittagsstunden verkauft werden soll, bewilligt worden.

Berlin. Die Vieh- und Schlachthofarbeiter hielten am 8. Juli ihre Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: „Der augenblickliche Stand unserer Lohnbewegung.“ Das Curatorumitglied, Herr Stadtverordneter Wille, war hierzu eingeladen und auch erschienen.

Zunächst gab der Kollege David einen längeren Bericht über die erfolgten Lohnerhöhungen der einzelnen Inspektionen. Auf der Dunga-Abtheilung, wo die schwerste und unsauberste Arbeit ohne jeglichen Schutz gegen Wind und Wetter bei einer Arbeitszeit von 10 Stunden ist, wurde früher 21 Mf., jetzt 22,40 Mf. gezahlt.

Bei der Desinfektion betrug der Tagelohn früher 2,50 Mf., jetzt nach der gewährten Zulage 2,75 Mf. für zwei Tage in der Woche, da an den anderen Tagen Akkord gearbeitet wird.

In der Revier. Früherer Tagelohn 2,25 Mf., nach der gewährten Zulage 2,50 Mf. für je 3/4 Tage. Hier in diesem Revier kommt aber noch hinzu, daß bei einer Zahl von 24 Arbeitern, die zum Akkord gehören, in der Regel nur 14 Mann die Akkordarbeit machen, die anderen 10 Mann im Tagelohn beschäftigt werden, aber denselben Verdienst bekommen, wie die den Akkord gemacht haben. Hierunter sind zwei Maurer, die nach dem jetzigen Lohnverhältnis also 15 Mf. die Woche verdienen. Der Inspektor Engel hat denselben aber 21,60 Mf.

pro Woche fest versprochen. Nun kommt es aber bei schwachen Auftrieben vor, daß der Akkord nicht 21,60 Mk. ausmacht, dann schreibt die Verwaltung diesen beiden so viel Stunden extra um, daß der Mindestlohn von 21,60 Mk. herauskommt. Die anderen Arbeiter werden aber nicht gefragt, ob sie auch mit dem Lohne auskommen, wenn dieselben 18 oder 19 Mk. verdient haben.

Hammeleweier. Der Lohn für vier Tage die Woche ist von 2,25 Mk. auf 2,50 Mk. erhöht, so daß dieselben einen Lohn von 22 Mk. die Woche haben. Hier kommt aber noch hinzu, daß dieselben das ganze Jahr hindurch jeden Sonntag bis 10 Uhr arbeiten müssen, weil der Sonntag mit zum Akkord gerechnet ist.

Im Schweinerevier wurde bei 9 Stunden Arbeitszeit für zwei Tage die Woche der Tagelohn von 2,25 auf 2,50 Mk. erhöht. In dieser Kolonne wird an den beiden Markttagen, Mittwoch und Sonnabend, den Arbeitern, welche Gewichte setzen, je drei Stunden für Frühstück und Mittagspause vergütet. Außerdem hat die Kolonne zwei Tage Akkord, wofür dieselbe 5 Pfg. mehr bekommt als früher, doch muß die Verkaufshalle zweimal dafür gewaschen werden. Der Lohn beträgt hier 20 Mk. die Woche.

In der Kälberhalle — hier sind vier Arbeiter beschäftigt — bekamen zwei je 95 Pfg. Zulage und die anderen beiden 1,40 Mk.; die ersteren haben jetzt 23 Mk., die zweiten 21,40 Mk. Lohn pro Woche.

In der Fourage haben nur zwei Kollegen 50 Pfg. Zulage für die Woche erhalten, so daß dieselben jetzt 23, — Mk. bekommen, die andere Klasse dagegen 22,50 Mk.

Auf dem **Schlachthof** sind überhaupt keine Zulagen bisher gewährt worden. Hier giebt es zwei Lohnklassen, die ersteren bei einer Arbeitszeit von 70 resp. 72 Stunden die Woche 21 Mk., die zweite Klasse bei einer Arbeitszeit von 68 Stunden 19,40 Mk. Hier wird der Lohn aber nicht nach Stundenzahl aufgezahlt, sondern hier liegt es einfach: der Arbeiter hat die Woche 6½ Tage und 5 Liebestunden, denn pro Tag giebt es in der zweiten Abteilung nur 2,75 Mk. und die Ueberstunde dagegen wird mit 50 Pfg. bezahlt.

Als einer Medner nahm der Stadtverordnete **Wille** das Wort. Er schilderte in kurzen Worten die Verhandlungen, die er mit dem Herrn Direktor **Hausburg** hatte, und daß die bis jetzt gewährten Zulagen keineswegs auf Beschluß des Kuratoriums zurückzuführen seien, sondern freiwillige Zugeständnisse des Direktors wären, welche seine Unterredung mit dem Direktor **Hausburg** und Stadtrath **Hübner** zur Folge hatte. Nachdem noch mehrere Medner für die Organisation gesprochen, wurde eine Resolution angenommen, worin der Verwaltung mitgeteilt wird, daß die versammelten Arbeiter des Schlachthofes und Viehhofes sich mit den gewährten Zulagen nicht zufrieden geben.

Außerdem wurde über verschiedene Mißstände, die in den einzelnen Abteilungen herrschen, gesagt. Dann beschloß man noch, eine Kommission von vier Mitgliedern zu wählen, die auf Grund aller dieser Thatfachen persönlich bei der Direktion vorstellig werden soll. Gewählt wurden hierzu die Kollegen **David, Mühlberg, Faustmann** und **Goebel**.

Charlottenburg. Am 24. und 31. August fanden hier gut besuchte Versammlungen der städtischen Gasanhaltsarbeiter statt. — Als am Anfang des vorigen Jahres der Kassirer der hiesigen Filiale gemahnt wurde, brach die Verwaltungsstelle beinahe gänzlich zusammen. Durch das Winken des Verbands-Vorstandes und einiger hiesiger Stadtverordneten ist der Gemahnte jedoch jetzt wieder eingestellt worden, was natürlich dazu beitrug, die in den Gaswerken herrschende Furcht einigermaßen einzudämmen. In der ersten Versammlung sprach **Poersch** über „Die Bewegung der städtischen Arbeiter“. Alle Diskussionsredner erkannten es an, daß es nicht mehr so weiter gehen könne und durch die Organisation Aenderungen geschaffen werden müßten.

In der zweiten Versammlung behandelte **Poersch** die Frage: „Welche Schritte haben wir nun zur Verbesserung der Verhältnisse zu ergreifen?“ Es wurde eine Kommission gewählt, die sich aus je zwei Vertretern der einzelnen Arbeiterkategorien zusammensetzt. Dieselbe soll die Pläne für das weitere Vorgehen ausarbeiten.

In beiden Versammlungen war eine fröhliche Kampfstimmung vorhanden und wir wollen wir hoffen, daß dieselbe anhält und endlich auch einmal in Charlottenburg eine starke Bewegung der städtischen Arbeiter zu Stande kommt. Dem Verbands sind bereits eine größere Anzahl der Kollegen beigetreten.

Rigsdorf. Am 22. August sollte hier eine Versammlung

der städtischen Arbeiter stattfinden. Trotzdem dieselbe gut besucht war, konnte sie nicht abgehalten werden, da der Einberufer derselben nicht erschien. Von Herrn Müller, dem bisherigen Kassirer der Filiale, war die Einberufung dieser Versammlung angeregt worden. Er hatte das Lokal und auch die polizeiliche Anmeldung besorgt; da erschien plötzlich am Tage der Versammlung in einer Rigsdorfer Zeitung von Herrn Müller die Erklärung, daß er mit der ganzen Geschichte nichts zu thun habe und sein Name gemißbraucht sei. Herr Müller hatte wahrscheinlich im letzten Augenblick Reue über sein „verbrecherisches!“ Unternehmen empfunden, that nun aber nicht wie sonstige reumütige Sünder Buße und bekannte seine „Verfehlungen“, sondern leugnete es einfach ab, überhaupt mit der ganzen Geschichte etwas zu thun zu haben. — Da aus der Zahl der Erschienenen hervorging, daß ein Interesse für die Bewegung vorhanden war, so arrangierte der Verbands-Vorstand zum 29. August eine zweite Versammlung. **Poersch** sprach über „Die Bewegung der städtischen Arbeiter.“ Die anwesenden Stadtverordneten **Conrad** und **Kegerau** äußerten sich im Sinne des Vortragenden und forderten die Versammelten zur Organisation auf, da sie ohne Bereinigung der städtischen Arbeiter garnicht in der Lage wären, die Interessen der Gemeindearbeiter im Stadtverordneten-Kollegium zu vertreten. Ein Theil der Anwesenden erklärte darauf seinen Beitritt zum Verband und wurde noch eine Kommission gewählt, welche das Weitere in die Hand nehmen soll. — Der Kassirer Müller ist vom Verbands-Vorstand aufgefordert worden, seinen Posten niederzulegen, da er in Folge der geschiedenen Vorkommnisse denselben unmöglich weiter bekleiden kann.

Aus unserem Beruf.

Die Arbeiter der Berliner städtischen Markthallen beschloßen in der am 20. August stattgefundenen Versammlung eine Petition bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer zuständigen Deputation zu unterbreiten. Die Eingabe, die sie im vergangenen Jahre an die Direktion richteten, hat bisher nur einige Zugeständnisse zur Folge gehabt. Man hat den Tagelohn derjenigen Arbeiter, die bereits 5 Jahre im Dienste der Markthallen-Verwaltung standen, von 3 Mk. auf 3,25 Mk. erhöht. Außerdem ist den Arbeitern nach zehnjähriger Dienstzeit eine weitere Lohnhöhung von 25 Pfg. pro Tag gewährt worden, so daß diese Kategorie jetzt einen Tagelohn von 3,50 Mk. erhält. Dagegen haben alle Arbeiter unter fünfjähriger Thätigkeit keine Zulagen erhalten, obgleich gerade diese eine Lohnhöhung besonders notwendig hätten. Der Anfangslohn, mit dem die Arbeiter ein ganzes Jahr laufen müssen, beträgt z. B. 2,50 Mk. pro Tag, ist also noch 20 Pfg. niedriger als der ortsübliche Berliner Tagelohn. Die Forderung betrifft die Befreiung des Tage- und Einführungs eines Wochenlohnes ist gänzlich abgelehnt worden. Auch die geforderte 36 stündige Ruhepause, welche jeden dritten Sonntag eintreten sollte, hat noch nicht in allen Markthallen Eingang gefunden. In einigen Hallen, in denen die 36 stündige Ruhezeit bereits durchgeführt war, wird in letzter Zeit versucht, sie wieder zu beseitigen. Die gewünschten Dienstmitgl., welche den Arbeitern, die solche tragen müssen, unentgeltlich geliefert werden sollten, sind gleichfalls nicht bewilligt worden. Darum haben die Markthallenarbeiter die von der Direktion abgelehnten Wünsche der höheren Instanz in der Hoffnung unterbreitet, daß diese sich entgegenkommender zeigen wird.

Die Bewilligung der gestellten Forderungen würde auch gar nicht schwierig sein. Im vergangenen Jahre haben die Markthallen allein 231 987,06 Mark Ueberschuß gebracht, 199 186,06 Mk., mehr als d. r. Etat vorlag.

Die Wäiter der Berliner städtischen Badeanstalten haben alle Ursache, mit ihren Lohn- und Arbeitsverhältnissen unzufrieden zu sein. Die tägliche Dienstzeit derselben beginnt in den Sommermonaten um 6 Uhr Morgens und dauert bis 9 Uhr Abends; jedoch kommt es in jeder Woche 2 bis 3 mal vor, daß bis 11 Uhr Abends gearbeitet werden muß, da sonst die Wäiter nicht das Pensum fertig bekommen, welches man von ihnen verlangt. Von einer Sonntagsruhe können die Badewäiter überhaupt nicht reden. In der Anstalt „Turmstrafe“ wird regelmäßig bis 2 oder 3 Uhr Nachmittags gearbeitet, oft auch noch länger. Dagegen soll es mit der Sonntagsruhe in der Anstalt „An der Schillingstraße“ etwas besser bestellt sein. Zwar erhalten die Wäiter in jeder Woche einen halben Tag Ruhe, doch man bedinke dafür auch die lange tägliche Arbeitszeit. Nur Neujahr, den 2. Weihnacht-, Oster- und Pfingst-

feiertag erhalten die Wärter gänzlich frei. Das Gehalt beträgt in den ersten fünf Dienstjahren 90 Mk. pro Monat, dann steigt es auf 95 Mk. Dieses Einkommen muß in Anbetracht der langen Arbeitszeit und der theuren Berliner Miets- und Lebensmittelpreise als zu niedrig bezeichnet werden. Vor einigen Jahren beantragten die Wärter die Gewährung von Sommerurlaub. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß der Stadtkämmerer Maas kein Geld herausrüden wolle. Herr Maas hält also auch wie Miquel immer die Hand auf die Tasche! — Zu Krankheitsfällen erhalten die Badewärter keinen Zuschuß seitens ihrer Verwaltung, wie dieses z. B. bei den Wasserwerken u. d. d. Fall ist. — Die in den Anstalten beschäftigten Frauen bekommen 2,50 Mk. pro Tag. Auch werden in den Anstalten Schulkinder im Alter von 13 Jahren mit Scheuern beschäftigt und zwar von 4 Uhr Nachmittags bis 9 Uhr Abends. Hierfür erhalten sie 50 Pf. — Es wäre noch vieles Andere hier zu erwähnen, doch wollen wir es für dieses Mal genug sein lassen.

Ein alter Poff der Berliner Gasanstalten, wie überhaupt der Gas- und Wasserrohrleger, der uns allerhand Achtung vor alterwürdigen Einrichtungen des hochantiquarischen Schlossergewerks einflößt, ist die vom Turmbau zu Babel auf uns gekommen streng kubische Feldschmiede, die aus dem bekannten schwerfälligen eisernen Kästen bestehend auf vier kleinen eisernen Vorrädern besetzt und mit einem Schmiedefeuer zum Warmmachen und Abbiegen der Gas- und Wasserrohre versehen ist. Das kleine Kastengehäuse wird seit Jahrhunderten in der heutigen Kogazität auf den vier Rädern durch die Straßen bewegt, die Räder sitzen starr und norddürftig beweglich auf diesem Hohlständer, aber man hat es bis jetzt in der edleren Schlosserkunst nicht übers Herz bringen können, die Vorderäder des Kästentlozes auf eine bewegliche Weise mit Verankerung zu setzen, sondern hält es auch heute noch für zeitgemäß, in den Schraubstock des Kästens ein Stück Gasrohr einzuspannen, das während der Fahrt von einem Arbeiter mit großer Anstrengung, gleichsam als Schwanzsteuer der Feldschmiede, hin und her gezogen werden muß. Das vorgespannte Pferd ist wegen der fehlenden Lenkvorrichtung nicht im Stande, mit der kastenlozartigen Feldschmiede auszuweichen, deshalb muß der Arbeiter, auf dessen Schweiß es ja gar nicht ankommt, mit Hilfe des Gasrohrstücks den Kästen durch Rutschbewegung lenken. Gegenüber dieser technisch resp. schlechten Einrichtung verdient die Feuerzone auf Hohlständern, wie sie heute z. B. noch in Rudow zu sehen ist, entschieden den Vorzug. Denn solchen Schlitzen kann das Pferd noch einigemmaßen lenken, während die kastenlozigen Feldschmiede theils rollend, theils rutschend durch die Straßen getreidelt und am schwarzen Feuer festgehalten werden muß, um das vorgespannte Pferd nicht zu überrennen. Wir sind neugierig, wann die Bildemeister des Schlossergewerks einer Feldschmiede-Bauart fähig sind und thun zu wissen, daß es im 21. Jahrhundert die Existenz nicht recht erfreulich wäre, dergleichen eine Feldschmiede zu konstruieren, ein klein wenig modernisiert durch lenkbare Vorderäder. Wir fürchten keinen Uebermuth des Arbeiters durch diese Transport-Erleichterung!

Der Magistrat von Nürnberg hat die Erbauung von vorerst 108 Wohnungen für stadtbüch. Bedienstete beschlossen. Von den 1555 mehreren Bediensteten und Arbeitern, welche die Stadtgemeinde Nürnberg beschäftigt, haben 700 gleich 45 pSt. die Erklärung abgegeben, daß sie auf eine städtische Mietwohnung reflektieren. — Obgleich diese Wohnungen allen Regeln der Gesundheitslehre entsprechen sollen, können wir uns mit denselben nicht allzusehr befreunden. Man hat in einzelnen Gemeinden verübt, die Wohnungsverhältnisse mit dem Arbeitsvertrag in Verbindung zu bringen und hierdurch die Bewegungsfreiheit der Arbeiter nicht unerheblich beschränkt. — Ob das auch in Nürnberg geschehen wird, wissen wir nicht. Ausgeschlossen ist es jedoch nicht, zumal den dortigen städtischen Arbeitern jede Organisation fehlt, die ihre Interessen vertreten kann. Vielleicht läßt sich das Nürnberger Gewerkschaftskartell endlich einmal herbei und sucht die städtischen Arbeiter zu organisieren.

Die Betriebskrankenkasse für die Arbeiter der Berliner städtischen Betriebe wird voraussichtlich, wie wir erfahren, mit dem 1. Januar 1900 ins Leben treten. Die Krankenversicherung soll nicht auf Mindestleistung gesetzt werden, sondern man verabsichtigt gleich für 26 Wochen dieselbe zu gewähren. Selbstverständlich müssen die Arbeiter betr. des Statutes vorher gehört werden.

Wolf, der Portier des Friedrichshagener Wasserwerks und früherer Vorsitzender unserer dortigen Zentrale, soll dem Assessor erklärt haben, der kürzlich die Untersuchung in der bekannten

Maßregelungsfrage führte, daß er in keiner Weise von dem Betriebsingenieur Anklam in Betreff des Verbandes beeinflusst worden sei und freiwillig den Vorsitz niedergelegt habe. Wolf soll diese Erklärung bereits vor der Untersuchung ganz von selbst (!) schriftlich Herrn Anklam resp. seiner vorgelegten Behörde unterbreitet haben. Hat Wolf diese Erklärung wirklich abgegeben, so sehen wir uns veranlaßt, zu erklären, daß Wolf dann die Unwahrheit gesagt hat. Ob mit Absicht, oder ob er auch ein so kurzes Gedächtniß besitzt wie sein Chef, der öfters ganz bedeutende Dinge vergessen soll — böse Zungen behaupten, die Vergeßlichkeit desselben soll nicht natura sein — wissen wir nicht. Unwahr ist und bleibt diese Erklärung jedoch. Den Beweis dafür sind wir jeder Zeit bereit zu führen.

Heber die Anstellung von Militär-Anwärtern in Kommunaldiensten hat der Bundesrath folgende neue Bestimmungen erlassen, die am 1. April 1900 in Kraft treten. Die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunen und Kommunalverbänden mit Ausnahme derjenigen, die weniger als 3000 Einwohner haben, ferner bei den Invaliditäts- und Alters-versicherungsanstalten sowie bei städtischen und solchen Zünften, die ganz oder zum Theile aus Mitteln des Reiches, des Staates oder der Gemeinden erhalten werden — ausschließlich des Postdienstes — sind vorzugsweise mit Militär-Anwärtern zu besetzen. Ausschließlich mit Militär-Anwärtern zu besetzen, falls die Besoldung einschließlich der Nebenbezüge mindestens 600 Mk. beträgt: 1. die Stellen im Rangdienst einschließlich der der Lohnarbeiter, 2. sämtliche Stellen, deren Obliegenheiten im Wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen und keine besonderen technischen Vorkenntnisse erfordern. Die den Militär-Anwärtern vorbehaltenen Stellen können auch Oeffiziere und Deckoffiziere verliehen werden, denen beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste die Aussicht auf Anstellung im Zivildienste gemacht worden ist. Von den übrigen Bestimmungen sind folgende wichtig: Sind für gewisse Dienststellen besondere Prüfungen vorgeschrieben, so hat diese auch der Militär-Anwärter abzulegen, auch kann die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerbung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betreffenden Dienstzweige, die nicht über drei Monate dauern soll, abhängig gemacht werden.

Für die städtischen Arbeiter ist die Mebranstellung von Militär-Anwärtern gerade nicht besonders erfreulich. Diese Herren sind meistens der Ansicht, daß auch das ganze bürgerliche Leben sich nach militärischen Normen regeln müßte und glauben oft, alte Leute wie Rekruten behandeln zu müssen. Eine starke Organisation der städtischen Arbeiter ist also zukünftig ganz besonders notwendig.

Der Gemeinderath von Chessira hat eine Verfügung erlassen, der zufolge alle durch ihn angestellten Arbeiter Mitglieder irgend einer der wohlwollenden Genossenschaft der Freunde sein müssen. Alle Arbeiter, die einer dieser Gesellschaften beitreten, erhalten eine wöchentliche Zulage von 50 Pf. Der Gemeinderath will keine neuen Arbeiter einstellen, die sich nicht der Vorschrift des Eintritts fügen. Die „Genossenschaften der Freunde“ (Friendly societies) sind Gesellschaften, welche sich die Unterstützung erkrankter Mitglieder u. zur Aufgabe gestellt haben.

Litterarisches.

Die Anhebung der Arbeiterklasse durch das Junkerparlament, Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Reuthstr. 2. Preis 20 Pf., Porto 3 Pf. Unter diesem Titel sollen in zwangloser Reihe Schriften erscheinen, welche sich die Aufgabe stellen, das reiche Material, welches aus den Verhandlungen des preussischen Landtags sich schöpfen läßt, der arbeitenden Bevölkerung näher zu bringen. Die Bedeutung des preussischen Landtags, die größte gesetzgebende Körperschaft der deutschen Einzelstaaten, wird vielfach noch nicht genügend gewürdigt, weshalb dieses Unternehmen als ein sehr nützliches bezeichnet werden muß. Das erste Heft, welches von Paul Hirsch verfaßt ist, behandelt folgende Punkte: 1. Die Arbeiterfreundlichkeit der Junker und Junkerengenossen. 2. Arbeiterschutz und Gewerbeinspektion. — 3. Die Lage der Unterbeamten und Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung. 4. Die Lage der Bergarbeiter.

Verantw. Redakteur: Bruno Börsch, Berlin, Gleditschstr. 49.
Druck von Rauert & Dimmler, Berlin S., Louise-Platz 11

Beilage zu „Die Gewerkschaft“.

Nr. 17.

Berlin, 7. September 1899.

3. Jahrg.

Aus unserem Beruf.

„Verkauft lieber Euer Geld und schickt es nicht nach Berlin.“ so äußerte sich kürzlich ein Unterbeamter der Leipziger öffentlichen Beleuchtung zu den Laternenwärttern, als er auf unseren Verband zu sprechen kam. Derartige dumme Redensarten sollen dorten seitens der Aufsichtsorgane an der Tagesordnung sein. Wir rathen den betreffenden Herren, sich um ihre dienstlichen Angelegenheiten zu kümmern und ihre Nase nicht in Sachen hineinzustecken, die sie garnicht angehen. Die Betreffenden können sonst eventuell einmal von uns ein Brief bekommen, daß sie eine ganze Weile daran genug haben würden.

Bundschau.

Die Benutzung des Gases für Beleuchtung und zu Heiz- und Kochzwecken schließt eine Veräufertung durch Rauch und Ruß in vollkommener Weise aus. Am besten haben das unsere eralischen Nachbarn erkannt und deshalb auch dafür Sorge getragen, daß, wenn anständig, jedes Haus, ja jede Wohnung mit Gas versorgt werden kann bezw. thatsächlich wird; sind doch in London allein im Jahre 1898 über 80 000 000 Kubikmeter Gas nur durch Automaten verkauft worden. Letztere haben nach einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mittheilung des Patent- und technischen Bureaus von Richard Lüders in Wörlitz in London geradezu Uraltaubliches zur Embitterung des Kochens und Heizens mit Gas geliefert. Die G. V. u. C. Co. hatte bereits Ende 1898 140 000, die S. M. G. Co. 102 000 Koch- und Heizöfen zu verkaufen. Eifrighch ist es, daß diese nützlichen und praktischen Einrichtungen auch in Deutschland endlich erkannt sind und wenigstens einige Gasgesellschaften dafür Sorge tragen, Gasautomaten für Leucht-, Heiz- und Kochzwecke anzustellen. Wir haben in Erfahrung bringen können, daß z. B. die Deutsche Continental Gasgesellschaft in Dessau bis Ende Juni d. J. über 6500 Gasautomaten aufgestellt hat, worunter zur Zeit über 5000 in Dessau, Frankfurt a. O., Gorbau, M. Gladbach, Nordhausen, Uckerwalde, Potsdam, Neubrandenburg und Gelsen in Betrieb sind. Es braucht demnach nur noch abgewartet zu werden, bis auch die städtischen Gasanstalten die Einwohner mit dieser Einrichtung beglücken, und Rauch- und Rußplage wird in den Städten zum Mindesten bedeutend abgenommen haben.

Der Zentralverband der Gemeindebeamten Preussens, bestehend aus 21 Verbänden mit etwa 9000 Mitgliedern hielt am Sonntag, den 20. v. M., seine diesjährige ordentliche Hauptversammlung in Freienwalde a. O. ab. Es waren wohl an 400 Theilnehmer aus allen Theilen des Landes versammelt; darunter aus Berlin Vertreter des Vereins der Berliner Magistratssekretäre und des Ortsverbandes Berlin (Hilfsarbeiter). Auch die Berliner Vororte waren zahlreich vertreten. Beim dritten Punkt der Tagesordnung, der das neue Gesetz über die Anstellung und Versorgung der Gemeindebeamten zum Gegenstand hatte, wurden Dankadressen für die Einbringung des Gesetzes an den König und den Minister des Innern g. d. r. Nach längerer Besprechung wurde dann die Gründung eines Unterstützungsfonds und einer Krankenkasse für die Mitglieder des Zentralverbandes beschlossen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, für die Verbandmitglieder eine Spar- und Darlehenskasse ins Leben treten zu lassen, worauf die Verhandlungen geschlossen wurden.

Der Urheber des Söbtauer Zuchtanourtheils, Bauunternehmer Mann, ist in Dresden wegen Unterschlagung von Krankenkassegeldern zu einer Woche Gefängnis verurtheilt worden. Es handelt sich um Kasfenbeuteln, die er auf einem Neubau in Köstau, demselben, auf welchem sich jener tragische Vorgang abspielte, den von ihm bestrafte Arbeiter zwar abgelehnt, aber nicht an die Kasse abgeliefert, sondern zu seinem eigenen Nutzen verwendet hat. Ein recht nobler Herr, dieser Mann!

Aus dem Berliner Gewerkschaftskartell sind einige lokalorganisirte Berufe ausgeschieden, da sie mit einer Abänderung des bestehenden Vertretungs- und Abstimmungsmodus nicht ein-

verstanden waren. Bisher waren in der Berliner Gewerkschaftskommission 64 799 organisirte Arbeiter durch ungefähr 100 Delegirte vertreten und wick das Berliner Kartell infolgedessen von den Bestimmungen fast aller anderen deutschen Gewerkschaftskartelle ab, als ihm jede Organisation, ob zentral oder lokal, betreten konnte. Den meisten deutschen Gewerkschaftskartellen dürfen nur zentralorganisirte Berufe betreten, oder solche, für die keine Zentralverbände bestehen. Die Bestimmungen des Berliner Kartells ermögligten es daher, daß jeder unklare Kopf, den womöglich die Nase des Vorstehenden einer zentralen Organisation nicht paßte, flugs eine neue lokale Vereinigung gründen konnte. Zum Gaudium der Gegner bekämpften sich daher in einer Reihe von Branchen die Arbeiter untereinander und warfen sich die größten Gemeinheiten gegenseitig an den Kopf. Andererseits hatte nach den bisherigen Bestimmungen jede Organisation von 25 Mitgliedern in Betreff der Vertretung und Abstimmung dasselbe Recht, wie eine organisirte Branche mit vielen Hunderten oder Tausenden von Mitgliedern. Daß mit diesem Zustande früher oder später gebrochen werden mußte, war unbedingt notwendig. Wir können es daher nur mit Freude begrüßen, wenn es endlich einmal zu einer Scheidung zwischen zentral und lokal auch in dem Berliner Kartell kommt.

Sonderbar hört es sich jedoch an, wenn jetzt die Lokalisten von „Verletzung der demokratischen Prinzipien“, „Zerstückelung der Einheit durch die Zentralisten“ u. d. m. reden. Als wenn nicht die Lokalisten unzählige Male die demokratischen Grundsätze durchgebracht, indem sie sich nicht um die Mehrheitsbeschlüsse der Kongresse, Versammlungen u. d. m. bekümmerten und dadurch die Einheit in einzelnen Berufen zur Unmöglichkeit machten?

Ein Sieg der Arbeiterorganisation in England erfochten worden. Man erinnert sich, daß 1897/98 48000 englische Maschinenbauer sieben Monate lang im Streik standen. Der Streik blieb damals erfolglos. Nunmehr aber haben sich die Unternehmer von Lancashire mit den Maschinenbauern geeinigt, und zwar in einer Weise geeinigt, welche deutlich erkennen läßt, daß der Uebermuth der Herren Unternehmer, welcher noch vor zwei Jahren das Land in einen verhängnisvollen Kampf zu stürzen vermochte, heute einer weisen Ueberlegung gewichen ist. Bekanntlich verweigerten die Unternehmer eine im Frühjahr versprochene Lohnerhöhung von einer Mark pro Kopf und Woche, welche vom 1. Juli an gezahlt werden sollte. Die Verweigerung begründeten sie mit der durch nichts gestützten Behauptung, daß die Geschäftslage eine derartige Lohnerhöhung nicht rechtfertige. Der entschlossenen Haltung der durch den neuen Trades-Unions-Verband gestärkten Maschinenbauer gegenüber haben sie sich nunmehr zu einem Ausgleich bestimmen lassen, dessen Hauptpunkte die folgenden sind: Es ist ein Unparteiischer gewählt worden, der ein Vierteljahr Zeit hat, um in den englischen Maschinenhandel vom 1. April bis Ende Juni dieses Jahres genauen Einblick zu nehmen und danach zu erklären, ob die Verweigerung der Unternehmer, die versprochene Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, durch die mangelhaften Geschäfte begründet war. Während die Untersuchungen dieses Unparteiischen schweben, wird den Mitgliedern des Gewerksvereins der Maschinenbauer die versprochene Lohnerhöhung vom 1. August an gezahlt. Ergeben die Untersuchungen des Unparteiischen, daß die Geschäfte gut waren und eine Lohnerhöhung zuließen, so zahlen die Unternehmer diese Lohnerhöhung für den Monat Juli nach, während andererseits die Arbeiter, wenn der Unparteiische sich zu Gunsten der Unternehmer entscheiden sollte, nicht gebunden sind, die bereits erhaltene Lohnerhöhung zurückzugeben. Man wird diesen vorläufigen Abbruch des Kampfes als einen für die Maschinenbauer durchaus günstigen bezeichnen müssen. Jedenfalls hat die Nachgiebigkeit der Unternehmer bewiesen, daß man vor dem nach der Ansicht der Unternehmer im Vorjahre „zerschmetterten“ Gewerksverein genügenden Respekt hat, um einen Kampf mit diesem Verein unter allen Umständen zu vermeiden. Eine bessere Illustration zu dem Werthe der Gewerksvereine, wie sie diese Thatsache giebt, kann wohl kaum gefunden werden. Der Abklärung ist es in dem großen Kampfe nicht gelungen, die Unternehmer zu der Annahme eines unparteiischen Urtheils zu bewegen, und heute ist dem Gewerksverein selbst

gelingen, was vor zwei Jahren dem Ministerium durchzuführen unmöglich war.

Der deutschen Arbeiterschaft sollte der Erfolg wieder eine Mahnung sein, unabhängig an der Verstärkung der Organisation zu arbeiten.

Rollen der vierten Generalversammlung der Metallarbeiter in Halle. Die persönlichen und sächlichen Rollen der vierten Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes in Halle betragen 15006,02 M. Für unsere Mitglieder dürfte interessant sein, daß für die stenographische Aufnahme der sechstägigen Verhandlungen 800 M. zu bezahlen waren.

Das Gewerkschaftskartell in Leipzig hat am 10. Juli d. J. den Beschluß vom 5. April 1897 erneuert, nach welchem die von den Mitgliedern des Verbandes der Buchdrucker gewählten Delegierten vom Kartell ausgeschlossen sind, weil sie die Tarifgemeinschaft anerkennen. Die vom Kartell ausgeschlossenen Buchdrucker riefen die Hilfe der Generalkommission bei Wahrung ihres Rechtes an. Die Generalkommission hat am 4. August eine Zuschrift an das Gewerkschaftskartell und die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in Leipzig gerichtet, in welcher um Aufhebung dieses Beschlusses eruchtet wird, weil derselbe mit den Beschlüssen des dritten Gewerkschaftskongresses im Widerspruch steht. Diese Beschlüsse sind von denselben Gewerkschaften gefaßt, welchen die Mehrheit der Delegierten des Gewerkschaftskartells angehört. Deswegen läßt sich der Beschluß des Leipziger Gewerkschaftskartells nicht aufrecht erhalten, wenn sich dieses nicht in einem Gegenzug zu den in der Generalkommission vereinigten Gewerkschaften zeigen will.

Der **Verein deutscher Schuhmacher** erucht und um Bekanntgabe der Filialen der Schuhfabrik von R o n r. T a d & C o. in Burg bei Magdeburg, welche Firma bekanntlich ihren gegen 1000 Arbeitern die Teilnahme an der Organisation bei Strafe sofortiger Entlassung verbietet. Die organisierten Arbeiter haben sich, was wiederholt in Erinnerung gebracht sei, verpflichtet, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und bei Einkauf von Schuhwaren die gedachten Filialen zu vermeiden. Die Filialen befinden sich in: Altenburg, Am Markt, Altona, Reichstr. 14, Aachen (?), Augsburg (?), Braunschweig, Damm 12, Berlin O., Andreasstr. 50, Berlin S., Crantenstr. 65, Berlin SW., Friedrichstraße 240-241, Berlin W., Potsdamerstr. 57-58, Berlin C., Rosenbalestr. 14, Berlin C., Spittelmarkt 15, Berlin NW., Thurmstr. 37, Berlin NW., Wildenackstr. 22, Brandenburg a. S., Steinstr. 6, Breslau, Neust. 48, Chemnitz, Johannisstr. 17, Dortmund, Westendeburg 51, Dresden, König-Johannstraße, Tausig, Große Wollwebergasse 14, Ebersfeld, Walthstraße, Frankfurt a. M., Ecke Faber- und Löngeßgasse, Hannover, Gr. Packhofstr. 13, Hamburg, Steinstraße, Halle a. S., Steinstraße, Halberstadt, Breitenweg 33, Köln a. Rh., Breitenstr. 103, Kiel, Holtenstr. 22, Königsberg (?), Leipzig, Reichstr. 13, Magdeburg, Otto-Markt 11, Mainz, Schulerstr. 13, Nürnberg, Robenbofstraße, Reichenbach i. V. (?), Stettin, Heumark 1, Stuttgart, Tübingenstr. 16, Straßburg im Elsaß, Alter Weinmarkt, Ecke Kinderpielplatz, Stuttgart (?), Worms, Hauptstraße, Weßbaden, Ecke Lange- und Goldgasse, Zwickau i. S., Wilhelmstr. 6.

Achtung, Berliner Mitglieder!

Am Sonntag, den 10. September, findet Abends 7 Uhr eine Besichtigung der Treptower Sternwarte statt. Billets sind bei den Vertrauensleuten zu haben.

Der Ausschuh der vereinigten Filialen

Versammlungs-Anzeiger.

Filialen, die ihre Versammlungen unter dieser Rubrik bekannt geben wollen, müssen dieserhalb Mitteilung an die Redaktion machen. Jede Änderung ist gleichfalls schriftlich mitzuteilen.

Berlin I. (Anstalt Müllerstraße.) Montag, den 18. Sept., Abends 7 Uhr, Pafewallerstr. 3.

(Anstalt Langenstraße.) Am Dienstag, den 26. September.

Berlin II. (Kanalarbeiter-Arbeiter.) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Mörchel, Jüdenstraße 35/36, Abends 7 Uhr.

Berlin III. (Wasserwerks-Arbeiter.) Am 15. jeden Monats, Grenadierstr. 31.

Berlin IV. (Desinfektoren.) Alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats bei Wildgrube, Müskauerstr. 31, Abends 8 1/2 Uhr.

Berlin V. (Markthallen-Arbeiter.) Jeden Sonntag nach dem 15. des Monats bei Lange, Dragonerstr. 16, Nachmittags 5 1/2 Uhr.

Berlin VI. (Vaternen-Anzünder.)

Berlin VII. (Schlachter- und Blechhofs-Arbeiter.) Dienstag, nach dem 1., Abends 7 Uhr, Frankfurter Allee 174.

Berlin VIII. (Arbeiter des städtischen Kohlenplatzes.) Mittwoch nach dem 15., Schillingstraße 1.

Bremen. Am 2. Dienstag jeden Monats im Vereinshaus Pankestraße.

Charlottenburg.
Friedrichshagen. Sonntag, den 10. Sept., Mittags 12 Uhr, Seestraße 99.

Halle a. S. Jeden Sonntag nach dem 7. und 22., Nachmittags 3 1/2 Uhr, Gr. Märkerstr. 16.

Königsberg i. Pr. Jeden 1. Montag im Monat, Abends 7 1/2 Uhr in der Phönixhalle.

Lichtenberg. Jeden Mittwoch nach dem 20. des Monats im „Nürstigen Wollgang“.

Magdeburg. Am 7. Sept. bei H. Seemann, Rogäckerstr.

Mannheim II. Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, 6 1/2 Uhr Abends bei Bögelin, H. 4. 8.

Mannheim III. Sonntag, den 13. August, im „Kleinen Pfälzer Hof“, S. 2. 21.

Pforzheim. Jeden 1. und 2. Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung im „Goldenen Löwen“.

Stuttgart I. Jeden 1. und 2. Sonntag im Monat, 2 Uhr Nachmittags, zum „Stern“.

Stuttgart II. Jeden 2. Montag im Monat, Abends 9 Uhr, „Gewerkschaftsaus“.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen.

Allein Verkauf. Sehr starke Waare in praktischen grauen und braunen Streifen. Dinten und vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Riemenknöpfe u. Kappnähte. Jede Leder-Pilot-Tasche, die Hohe 4 Mk. 50 (bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk.)
Echt indigoblauer Jacket für Maschinisten, Monteur u. 1 M. 90
Echt indigoblauer Hose dito 1 M. 50
Prima Manchester-Hose 8.—, 5 M. 50
Bestärkter Manchester-Jacket 13, 10,
Maler-Rittel in Leinen-Art 2 M. 25
Mechaniker-Rittel (braun) 2 M. 40
Glauze Pilot-Jacket für Maschinisten u. 2 M. 80
Glauze Pilot-Hose für Maschinisten 2 M. 50

Baer Sohn

En gros. Export. En détail.

Berlin SO., Prudenstr. 11. Berlin N., Chausseestr. 21a. Gr. Frankfurterstr. 16.

Die 13. Preisliste über gesammte Herren- und Knaben-Bekleidung wird gratis und franco verschickt. — Bei Bestellung genügt Angabe der Brust- und Hündweite und Schrittlänge.

Mehr als 147.100 Artikel u. Verweisungen.

MEYERS = Vollständig liegt vor =
in 5., neubearbeiteter und vermehrter Auflage:

16.100 Seiten Text. 272 Hefte je 50 Pf. 17 Bände je 8 Mk.

17 Bände in Halbleder geb. je 10 Mk.

Probefeste und Prospekte gratis durch jede Buchhandlung.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig.

KONVERSATIONS-LEXIKON

Mit 1088 Bildertafeln u. Kartenbeilagen.

10.500 Abbildungen.

Verantw. Redakteur: Bruno Först, Berlin, Gleditschstr. 49.
Druck von Maurer & Dimmig, Berlin S., Louise-Platz 11.